

Offener Brief an die Delegierten des SPD-Parteitages in Bochum

Wie ist das möglich?

Durch die bedrohliche Entwicklung im höchsten Grade alarmiert,

haben wir, ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, beschlossen, uns in einem Offenen Brief an Euch Delegierte des SPD-Bundesparteitages zu wenden, und an alle Mitglieder und Verantwortliche der SPD.

- * Wie ist es möglich, dass erstmalig in dieser Bundesrepublik, 13 Jahre nach der Einheit, die RentnerInnen in Angst um ihre Lebensgrundlage versetzt werden? Dass gnadenlose Kürzungen von allen Seiten sie mit dem sozialen Absturz bedrohen?
- * Wie ist es möglich, dass nach der Hartz-„Reform“ der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsmarktes einem Arbeitnehmer, dem nach 30 Jahren Arbeit der Arbeitsplatz geraubt wird, nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit das Recht auf Arbeitslosengeld verweigert wird, und er sich als Empfänger eines „Arbeitslosengeldes II“ auf Armutsniveau abserviert sieht?
- * Wie ist es möglich, dass nach immer neuen „Reformen“ im Gesundheitswesen die Kranken „Eintrittsgebühren“ für Arztpraxen und Krankenhäuser zahlen müssen, Betten, ÄrztInnen, PflegerInnen und Krankenhausaufenthalt nicht mehr entsprechend dem medizinischen Gebot zur Verfügung stehen, dass nun „freiwilliger“ Verzicht auf ärztliche Versorgung und Medikamente belohnt wird?
- * Wie ist es möglich, dass dem Kapital und Spekulanten immer neue Milliarden Geschenke gemacht werden, die dafür täglich produktive Arbeitsplätze vernichten und 10.000en Jugendlichen einen Ausbildungsplatz verweigern?

Dass Länder und Kommunen in den Bankrott getrieben werden, LehrerInnen fehlen und Unterricht ausfällt, Studienplätze gestrichen werden und StudentInnen sich einen Studienplatz wieder kaufen sollen?

- * Welcher Arbeitnehmer, welcher Gewerkschafter hätte bei der Wahl der SPD 2002 geglaubt, dass diese von ihm gewählte Regierung 13 Jahre nach der Einheit den ArbeitnehmerInnen im Osten die Angleichung an West, die gleichen tarifvertraglich garantierten Lohn- und Arbeitsbedingungen verweigern würde?

Dass diese Regierung heute den Gewerkschaften droht und sie erpresst, „freiwillig“ ihre Unabhängigkeit und die Tarifautonomie aufzugeben und die Flächentarifverträge zu zertrümmern?

- * Wer hätte es noch vor kurzem für möglich gehalten, dass 100.000en Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin an ihrem Auszahlungstag am 15. Oktober 10% ihres Einkommens fehlt? Dass der Berliner SPD/PDS-Senat diese KollegInnen aus dem Flächentarifvertrag herausbricht und die Tarifautonomie und unabhängige Gewerkschaft mit Füßen tritt?

Wer kann immer noch daran glauben, dass es keine Alternative geben soll: dass nur durch die strengere Unterwerfung unter den massiven Druck der internationalen Finanzinvestoren, der Europäischen Union, in Deutschland die Sozialsysteme abzubauen, zu privatisieren und die Arbeitnehmerrechte und die Gewerkschaften zu deregulieren, dieses Land vor dem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang gerettet werden kann?

Hat Oskar Lafontaine nicht Recht, wenn er sagt: „Wenn der Dollar abstürzt, wird das die Weltwirtschaft so durcheinander wirbeln, dass die Vorschläge der Rürup- und Herzog-Kommissionen nur noch Schnee von gestern sind.“ ?

Warnt er nicht zu Recht: „Ja, wir erleben nach jeder Bundestagswahl, dass Zusagen über Bord geworfen werden. 1998 Kriegseintritt in Jugoslawien ohne internationale Rechtsgrundlage, Rentenkürzung trotz

gegenteiligen Versprechens und Unternehmensteuersenkungen, für die es in der SPD nie eine Mehrheit gab.“

Und müssen wir alle ihm nicht zustimmen, wenn er bekräftigt: „Über 100 000 Mitglieder sind gegangen, teilweise sehr aktive, treue, überzeugte Sozialdemokraten. In Bayern haben wir nach Niedersachsen und Hessen ein weiteres Wahldesaster erlebt. Das müsste für jede verantwortungsvolle Parteiführung... Anlass sein, die Richtung der Politik zu ändern.“

Kann es denn sein, dass unsere sozialen Lebensgrundlagen aufgebrochen werden, die in den Jahrzehnten nach dem Krieg aufgebaut wurden, auf die wir als sicher vertrauten und auf die mit 1989 die gesamte Bevölkerung ihre Hoffnungen für die wirkliche Einheit Deutschlands setzte?

Und kann es denn sein, dass das alles im Namen der SPD geschehen soll?

Es wird höchste Zeit:

Diese Politik der Demontage des Sozialstaates, der Aushebelung der sozialen und Arbeitnehmerrechte, der Zersetzung der Flächentarifverträge und einheitlichen Lebensverhältnisse, sät soziale Verzweiflung und politische Wahlverweigerung gerade gegenüber der SPD, bedroht die SPD und die freien Gewerkschaften in ihrer Existenz.

Diese Politik kann Deutschland nur in den sozialen Niedergang und Verfall treiben.

Diese Politik muss sofort gestoppt werden.

Es wird höchste Zeit,

dass die SPD sich auf ihre 140-jährige Geschichte des Kampfes für die Arbeitnehmerinteressen, für Demokratie und Frieden zurück besinnt.

Es ist höchste Zeit, für uns wie für Euch Delegierte des SPD-Parteitages,

dass wir es wagen, bevor es zu spät ist, öffentlich für einen Kurswechsel einzutreten, einen Kurswechsel zu unseren sozialdemokratischen Grundwerten.

Wir wenden uns an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, diesen Offenen Brief zu unterzeichnen.

**Unterschriften, Beiträge und Stellungnahmen bitte an die Redaktion
»Soziale Politik & Demokratie« schicken.**

Ich unterzeichne diesen Offenen Brief

Name	Adresse (auch E-Mail/Fax)	Org./Funktion	Unterschrift	Spende

Kontaktadresse: Soziale Politik & Demokratie, Postfach 120 755; 10597 Berlin

Fax-Nummer: 030 / 313 16 62

E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de